

SOLIDARITÄT MIT DEN WARNSTREIKS!

Gegen Aufrüstung und Rassismus!

Fast alle Menschen in Deutschland nehmen Dienstleistungen in Anspruch. Sie zahlen in die Rentenversicherung ein, haben Kinder in einer Kita, haben Krankenhausaufenthalte, oder ein Familienmitglied lebt in einer Pflegeeinrichtung. Gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten dort sind *im Interesse aller*. ver.di fordert 8% mehr Geld, mindestens jedoch 350 Euro mehr im Monat für besonders belastende Tätigkeiten, höhere Zuschläge und zusätzlich drei freie Tage. Für all das soll eine Laufzeit von 12 Monaten gelten. Sowohl die Forderungen als auch die Laufzeit sind *vollkommen gerechtfertigt*.

Für *die Arbeitgeberseite* verhandeln Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin des Verbands der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge (beide SPD). Schon im Vorfeld hatte die Arbeitgeberseite erklärt, sich an der Inflationsrate von etwa 2% orientieren zu wollen. Als Begründung führt sie niedrige Steuereinnahmen wegen der schwachen Konjunktur an. Wenn der öffentliche Dienst mehr bekomme, müsse anderswo gespart werden.

Sparen bei der Rüstung!

Das sind Scheinargumente. Richtig ist, dass man anderswo sparen könnte. Zum Beispiel beim Rüstungshaushalt. Aber stattdessen plant die neue Bundesregierung ein Staatsschulden von 400 Mrd. Euro zur Aufrüstung. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden weltweiten Konkurrenz wollen sie mehr *Geld in Rüstung* und in die Subventionierung der Profite milliardenschwerer Konzerne pumpen. Dieses Geld wäre *besser im öffentlichen Dienst* aufgehoben.

Reichtum und Eigentum besteuern!

Die beklagten niedrigen Steuereinnahmen ließen sich korrigieren, indem man die *Reichen zahlen* lässt. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland ist im dritten Quartal 2024 gegenüber dem dritten Quartal 2019 um rund 197 Milliarden Euro gestiegen. Es hat Ende 2024 ein neues Rekordniveau von rund 9004 Milliarden Euro erreicht.

sozialismus
von unten

Harte Zeiten erfordern harte Kämpfe!

Die Tarifforderungen stellen darum die grundsätzliche Orientierung der voraussichtlichen Bundesregierung in Frage. Daher ist der einzige Weg zu einem Tarifabschluss im Sinne der Beschäftigten ein harter Kampf gegen die öffentlichen Arbeitgeber und ihre Politik. Die Warnstreiks sind ein erster Schritt.

Rassismus schwächt die Warnstreiks!

Neben der Attacke auf den Sozialstaat droht eine rassistische Offensive der neuen Regierung. Schon im Wahlkampf haben sich alle Parteien außer der Linken darin überboten, wer schneller und mehr abschieben kann. Viele Menschen haben zu Recht Angst vor dieser Hetze. Ohne die gemeinsame Arbeit aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst gäbe es keine ausreichende Versorgung. Ob mit oder ohne Migrationsgeschichte - nur ein gemeinsamer Kampf kann Löhne und Arbeitsbedingungen verbessern.

Rüstung ist ebenso wenig im Sinne der Beschäftigten wie Rassismus. Wir lassen uns nicht spalten. Im gemeinsamen Kampf können wir uns das Geld von den Reichen holen.

Schluss mit der Jagd nach Profiten!

Wirtschaft nach unseren Bedürfnissen!

Crashkurs: WAS IST RASSISMUS UND WIE BEKÄMPFEN WIR IHN?

**6. APRIL | 14 - 17 UHR
NANSENSTR. 2, BERLIN**

Diskussionsveranstaltung: FRIEDEN SCHAFFEN MIT WAFFEN?! SCHÜTZT UNS DIE EU VOR PUTIN UND TRUMP?

**28. MÄRZ | 19 - 21 UHR
HASENHEIDE 9, BERLIN**

www.sozvu.org V.i.S.d.P. E.Mourgues, Katharinenstr. 21, 10711 Berlin



**sozialismus
von unten**

*alles auch bundesweit online
via Zoom über den QR-Code!*